

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

Bundesministerin für Klimaschutz Leonore Gewessler, BA

Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner

Landesrat für Mobilität Mag. Sebastian Schuschnig

Landesrat für Verkehr und Mobilität René Zumtobel

23. Juni 2023, 11:30 Uhr

Linzer Tabakfabrik, Raum Nautilus

zum Thema

Landesverkehrsreferentenkonferenz in

Oberösterreich -

In Linz wurden wichtige Beschlüsse für die Mobilität gefasst

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Unter dem Vorsitz von Infrastruktur- & Mobilitäts-Landesrat Mag. Günther Steinkellner wurde heute (23. Juni 2023) die Konferenz der Landesverkehrsreferenten in der Linzer Tabakfabrik abgehalten. Seitens der teilnehmenden Referenten aus den Bundesländern wurden verschiedene Initiativen und Anträge aus den Bereichen Infrastruktur, klimafreundliche Mobilität, öffentlicher Verkehr, Radverkehr und Verkehrssicherheit eingebracht. Insgesamt rund 40 Berichte, Anträge und Beschlüsse wurden im Rahmen der Konferenz diskutiert, erörtert und abgestimmt. Zentrale Themen waren unter anderem die Stärkung des öffentlichen Verkehrs, Zweckwidmungen in die Straßeninfrastruktur und weitere Verbesserungen in punkto Verkehrssicherheit.

Statement Klimaschutzministerin Leonore Gewessler:

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler betonte gegenüber den Mitgliedern der Landesverkehrsreferent:innenkonferenz die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Bundesländern beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. „Die Verkehrswende ist eine große Aufgabe – da müssen wir alle einen Teil beitragen damit wir zum Ziel kommen. Aber das lohnt sich. Denn am Ende wartet auf unser alle mehr Lebensqualität: Saubere Luft, leistbarer Verkehr und bequeme Öffis“, so die Ministerin.

Thema auf der Konferenz war etwa die noch bessere Vernetzung des Schienenverkehrs mit Bussen, der aktiven Mobilität und Angeboten wie Car-Sharing. Dazu sollen in Österreich immer mehr Bahnhöfe zu modernen Mobilitätsdrehscheiben umgebaut werden. Hier wollen Bund, Länder und die Gemeinden die Zusammenarbeit noch weiter stärken. „Mit dem Rad zum Bahnhof, dort zur Radbox und dann mit dem KlimaTicket zum Termin. So sieht die Zukunft der klimafreundlichen Mobilität aus. Hier wollen wir gut zusammenarbeiten, damit uns diese Weiterentwicklung gelingt. Ich bin froh, dass es heute so viel Unterstützung für diesen wichtigen Schritt gab“, sagt Gewessler nach der Konferenz.

One Mobility - Gemeinsam den Zugang zu klimafreundlicher Mobilität verbessern

Bei One Mobility handelt es sich um eine gemeinsame, nationale Vertriebsplattform, die den Zugang zum öffentlichen Verkehr noch einfacher machen soll. Die ÖBB-Personenverkehr AG, die Verkehrsverbände Oberösterreich und Tirol sowie die Innsbrucker Verkehrsbetriebe sind Pioniere in dieser zukunftsweisenden Kooperation. Ziel von One Mobility ist die gemeinsame Nutzung und Steuerung einer leistungsstarken Vertriebsplattform.

Dadurch werden die Kund/innen noch einfacheren Zugang zum Kauf aller Öffi-Tickets über alle Apps, Webshops und Schalter der teilnehmenden Partner erhalten. Mit One Mobility werden auch Empfehlungen des Rechnungshofs umgesetzt, insbesondere die Nutzung von Synergien und Verbesserungen der Kundenorientierung. Der kundenwirksame Go Live wird schrittweise 2023 und 2024 erfolgen. Darüber hinaus werden mit voranschreitender Produktentwicklung weitere Verkehrsverbundorganisationsgesellschaften von den gemeinsamen Vorteilen profitieren wollen.

„Neben dem Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Verbesserung des Fahrplanangebots soll der Zugang zum öffentlichen Verkehr einfacher werden. Das KlimaTicket und One Mobility leisten hier einen wichtigen Beitrag zur Mobilitätswende. Dafür ziehen wir mit ÖBB, Tirol, Oberösterreich und Innsbruck an einem Strang“, bekräftigen BMⁱⁿ Gewessler und LR Steinkellner die Arbeit an der zukunftsweisenden Plattform.

„Der einfache Zugang zu Fahrkarten ist oft wesentlicher Entscheidungsfaktor für den Umstieg auf die öffentliche Mobilität. Der soll schnell, digital und barrierefrei funktionieren. Mit dieser Kooperation werden Tickets unkompliziert und verbundübergreifend angeboten“, unterstützt auch der Tiroler Mobilitäts-Landesrat René Zumtobel als Vertreter eines der beiden ersten Partnerländer das Konzept von One Mobility.

Stärkung der Investitionen in die Straßenerhaltung

Die Länge des öffentlichen Straßennetzes in Österreich beträgt derzeit rund 128.000 km, davon rund 2.260 km Autobahnen und Schnellstraßen, 33.800 km Landesstraßen und 92.000 km Gemeindestraßen. Dieses Netz ist von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn es ist nicht nur wichtig für die tägliche Mobilität von Menschen und den Transport von Gütern, sondern auch eine wertvolle Infrastrukturanlage und damit das Rückgrat für den Standort Österreich. „Die Straße ist ein zentrales Element für die österreichische Wirtschaft, die das hohe Wohlstandsniveau in unserem Land mitträgt. Darüber hinaus ist sie ebenfalls die unverzichtbare Basis für den Umweltverbund - also die öffentlichen Verkehrsmittel wie Regional- und Stadtbuslinien, den Rad- und Fußgängerverkehr sowie ein Zubringer für Wasserstraßen, zum Schieneninfrastrukturnetz und zu Flughäfen“, unterstreicht Oberösterreichs Landesrat für Infrastruktur und Mobilität Mag. Günther Steinkellner.

Um die Bedeutung des Verkehrsträgers Straße zu erheben, haben die Bundesländer eine Studie über ‚Die volkswirtschaftliche Bedeutung des österreichischen Straßennetzes‘ beim Institut für Wirtschaftsforschung ausarbeiten lassen. Es zeigt sich daraus, dass in den vergangenen Jahren ein klarer Trend zu betrachten ist. Demnach stehen weniger Straßenkilometer zur Verfügung, gleichzeitig steigt deren Beanspruchung laufend. Seit der Jahrtausendwende sinken die Investitionen in Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur kontinuierlich, u.a. weil die Straße seit dem Entfall der Zweckwidmung der Mineralölsteuer im Wettstreit mit anderen wichtigen Budgetposten steht. Diese Entwicklung führt zu einem anhaltend sinkenden buchhalterischen Kapitalbestand – dem sogenannten ‚Straßenkapitalstock‘.

Während die Wirtschaft bis auf wenige krisenbedingte Ausnahmen kontinuierlich gewachsen ist, ging der inflationsbereinigte, reale Straßenkapitalstock zwischen 2010 und 2020 um etwa 11,4 % zurück. Während dieser Straßenkapitalstock im Jahr 1995 noch bei rund 24,8 Mrd. Euro lag, sank dieser bis 2020 um ein Drittel auf rund 16,6 Mrd. Euro. Die wirtschaftliche Entwicklung ist damit nur auf Kosten der Straßensubstanz möglich. Diese Entwicklung kann massive Auswirkungen auf die Verfügbarkeit, die Verkehrssicherheit, die Beschäftigungssituation und damit auf die (Volks-)Wirtschaft haben. Dem zunehmenden Verfall des Straßenkapitalstocks ist aus Sicht der Länder mit einer angemessenen, qualitativen und budgetär entsprechend

ausgestatteten Erhaltung entgegen zu wirken. Sowohl dem Individual-, dem öffentlichen als auch dem Güterverkehr ist eine einsatzfähige Verkehrsinfrastruktur unersetzlich, um die Wirtschafts- und die Leistungsfähigkeit der Akteure nicht erheblich durch Standortdefizite, Ausbau- und Erhaltungsrückstände im Straßenverkehrsnetz einzuschränken. Folglich ersuchen die Länder die Bundesministerin sowie den Bundesminister für Finanzen die Einführung einer Zweckbindung der Ertragsanteile des Bundes aus der Mineralölsteuer sowie der Strafgeldwidmungen auf Landesstraßen, insbesondere im Bereich der so genannten Landesstraßen B (derzeit fließen die Straf gelder dem Bund zu), zur Sicherstellung und Erhaltung des Landesstraßennetzes zu forcieren.

Verkehrssicherheit länderübergreifend stärken – effizientere Maßnahmen gegen Drogenproblematik

Auch im Bereich der Verkehrssicherheit hat Oberösterreich bei der Detektion von Drogenlenker/innen seine führende Rolle mehrmals bewiesen. Alleine im vergangenen Jahr wurden 1.800 Lenkerinnen und -lenker unter Drogeneinfluss auf den oberösterreichischen Straßen erwischt. Trotz dieser hohen Deliktzahlen erschweren systematische Vorgaben die Kontrolltätigkeiten.

Aufgrund des Ärztemangels, der besonders in den ländlichen Regionen ausgeprägt ist, fällt es oft schwer, die klinischen Untersuchungen, die für Drogentest zwingend erfüllt werden müssen, durch Mediziner/innen vorzunehmen. Auf Initiative des Landes Kärnten wurde deshalb ein Antrag eingebracht, um eine vereinfachte Feststellung der Suchgiftbeeinträchtigung im Straßenverkehr zu gewährleisten. Als Alternative sollen besonders geschulte und hierzu ermächtigte Organe der Bundespolizei für diese Untersuchungen eingesetzt werden. Dadurch können die Kontrolltätigkeiten unkomplizierter, rascher und zeiteffizienter durchgeführt werden und darüber hinaus die Ärzte und Ärztinnen entlastet werden. Von Seiten der Länder wird die Bundesministerin ersucht, einfachere Möglichkeiten für die Feststellung illegaler Substanzen zu ermöglichen und gegebenenfalls die dafür notwendigen legislativen Anpassungen vorzubereiten. „Drogen am Steuer sind kein Kavaliersdelikt, sondern riskieren die Gesundheit oder gar das Leben von anderen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern auf unseren Straßen. Wir müssen entschlossen dagegen vorgehen, um Drogenlenkerinnen und Drogenlenker rasch aus dem Verkehr ziehen zu

können. Die Verkehrspolizei braucht bei ihren Kontrollen das nötige Handwerk und es darf keinen Engpass in ländlichen Regionen geben. Es braucht auch rechtlich ganz klare Signale, dass Fahren unter Drogeneinfluss scharf geahndet wird“, so Kärntens Verkehrs-Landesrat Sebastian Schuschnig.

Länder kämpfen mit dem Mangelberuf Buslenker und Buslenkerinnen

Kaum ein Sektor des österreichischen Arbeitsmarktes ist vom Personalmangel verschont geblieben. Auch der öffentliche Verkehr ist davon nicht ausgenommen. Die Länder stehen einem großen Problem gegenüber, denn im öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr kann das erforderliche Personal kaum noch rekrutiert werden. In Oberösterreich sind es rund 120 Buslenker/innen, die derzeit fehlen. In Kärnten kommen nochmals 70 hinzu. Die Aufnahme des Berufs Buslenker bzw. Buslenkerin in die bundesweite Liste der Mangelberufe ist eine weitere Forderung der Länder, die im Rahmen der heutigen Konferenz beschlossen wurde. Für Landesrat René Zumtobel ist diese Maßnahme von großer Wichtigkeit. Kärntens Landesrat Sebastian Schuschnig unterstreicht: „Die Zukunft liegt darin, den öffentlichen Verkehr auszubauen. Dafür brauchen wir die Lenkerinnen und Lenker“.

Klare Absage an Altersdiskriminierung beim Führerschein

Ebenso beschlossen wurde ein Antrag von Kärnten, der sich gegen die seitens der EU geplanten Führerscheinreform richtet. Mit der Reform soll es zu einer verpflichteten und EU-weiten Verringerung der Gültigkeitsdauer der Lenkberechtigung für Seniorinnen und Senioren ab dem vollendeten 70. Lebensjahr auf nur mehr fünf Jahre kommen. „Die Mobilität aller Menschen ohne Altersbeschränkungen muss sichergestellt bleiben. Gerade in ländlichen Regionen ist der Führerschein ein wichtiger Faktor, um auch im Alter dort leben zu können“, so Kärntens Verkehrs-Landesrat Sebastian Schuschnig. Studien hätten zudem bereits belegt, dass es in Ländern, in denen bereits eine Befristung besteht, diese Maßnahmen keine positiven Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit brachten. Das Risiko, als Verkehrsteilnehmer/innen mit 65 und mehr Jahren zu verunglücken, ist geringer als bei anderen Altersgruppen. „Wir fordern deshalb einen gemeinsamen Schulterschluss

von Bund und Ländern, um sich in Brüssel klar gegen diese Pläne auszusprechen“, so Schuschnig.

Alternative ÖV-Angebote wesentlich für den Ausbau der öffentlichen Mobilität

Die klassischen zwölf Meter Busse sowie moderne Zuggarnituren werden auch in Zukunft das Rückgrat des öffentlichen Verkehrssystems bilden. Dennoch gibt es und braucht es immer mehr alternative Öffi-Angebote, welche die Mobilitätslücken zwischen den großen Verkehrsknotenpunkten schließen und ein flächenhaftes Mobilitätsangebot sicherstellen. Die Vereinfachung der rechtlichen Grundlagen zur Einführung bedarfsorientierter Angebote war auch Thema bei der Konferenz, wie LR Zumtobel berichtet: „Die Bundesgesetze sollten dahingehend novelliert werden, sodass On-Demand-Verkehre wie Anrufsammeltaxis einfacher und schneller umsetzbar sind. Damit würden wir den ÖV moderner, flexibler und effizienter gestalten und damit auch ländliche Gebiete mit der passenden Mobilität bedarfsgerecht versorgen können.“

Nach der Verkehrsreferentenkonferenz in Oberösterreichs Landeshauptstadt wechselt der Vorsitz von Oberösterreich nach Tirol. „Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die konstruktiven Diskussionen. Mit den verabschiedeten Anträgen eint uns das Ziel, die Mobilität in unserem Land zu stärken, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den öffentlichen Verkehr weiter zu attraktivieren“, so der oberösterreichische Infrastrukturreferent Mag. Günther Steinkellner abschließend.

